

Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 22.08.2022

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 18:00 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

Thies Teegen, Janine Kolbig, Martina Scheel, Gerda Fröhlich, Esther Zelenka, Gunilla Pugell, Thomas Bartels, Christian Sach, Silke Haß, Markus Haß, Petra Jütting, Kai Lehnert, Kerstin Scheinert, Karin Pfeiffer, Dr. F.- Michael Niemann, Sandra Gnaß, Sandra Fricke-Kranz, Niels Luithardt, Jürgen Trinkus, Tanja Speck, Cortina Bittner, Ralf Paulsen, Michaela Pries

Beratende Mitglieder

Klaus Rienecker, Nicole Knudsen, Dieter Lutz

Gäste

Rüdiger Hannig, Birte Pauls, Andre Delor, Nadine Sierks, Ralf Boysen, Heidi Bartelt, Patrizia Pettke, Jens Christian Mohr, Sonja Steinbach, Ursula Hegger, Henrike Bleck, Arne Braun

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste ganz herzlich. Es stellen sich die Gäste vom Netzwerk Zukunftslotse und der Aktionsgemeinschaft Handlungsplan vor.

2. Änderungen in der Geschäftsordnung

Arne Braun, Michaela Pries

Kurze Zusammenfassung:

- Michaela Pries hat einen Vorschlag zur Zusammenarbeit gemacht.
- Es wurde viel geredet. Zum Beispiel wie der Landesbeirat Entscheidungen trifft und Papiere erarbeitet. Und wer aus dem Landesbeirat mit Politikern spricht.
- Michaela Pries wird einen neuen Vorschlag erarbeiten.

Im Vorwege der Sitzung wurde den Mitgliedern ein Entwurf der überarbeiteten Geschäftsordnung zugeschickt. Die wesentlichen Änderungen der Geschäftsordnung betreffen die §§ 5, 6. Hintergrund der Änderungen sind die Änderungen des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (LBGG) und die im Laufe der 1. Legislaturperiode entwickelte Arbeitsweise des Landesbeirates z.B. mit Fachaustauschen und Arbeitsgruppen.

Zu § 5 Beschlussfassung entwickelt sich eine umfangreiche Diskussion, insbesondere zu Absatz 3 besteht Gesprächsbedarf. Im Absatz 3 soll das Verfahren bei fristgebundenen Stellungnahmen geklärt werden, wenn dies nicht im Rahmen der regulären Sitzungen möglich ist. Die Landesbeauftragte hat die Anmerkungen aufgenommen und wird dem Landesbeirat einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Auch bei § 6 Stellungnahmen gibt es viele Rückmeldungen, insbesondere zu Absatz 3, der Regelungen zu mündlichen Stellungnahmen trifft und welche Mitglieder dies nach außen vertreten sollen. Durch die Diskussion wird deutlich, dass die Formulierung „sollte im Regelfall ein Mensch mit Behinderung sein“ zu unscharf ist. Die Landesbeauftragte wird dies eindeutiger formulieren.

Zum § 7 Arbeitsgruppe und Fachaustausch gibt es nur kleinere Anmerkungen.

Die Landesbeauftragte wird einen angepassten Entwurf der Geschäftsordnung an die Mitglieder des Landesbeirates versenden. Bei Bedarf soll es die Gelegenheit zu einem Austausch in einer Arbeitsgruppe für interessierte Mitglieder geben. Ein Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung ist für die nächste Sitzung im Oktober vorgesehen.

3. Themenspeicher und Koalitionsvertrag

Michaela Pries

Michaela Pries erklärt allgemein, was ein Koalitionsvertrag ist. In einem Koalitionsvertrag stehen die gemeinsamen Vorhaben der Regierungsparteien. Die Regierungsparteien in Schleswig-Holstein sind die CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Die Vorhaben und Ziele sind häufig allgemein formuliert, da der Weg zum Ziel noch nicht feststeht. Aus Sicht eines Mitgliedes sollte der Landesbeirat ein „Lösungsanbieter“ sein, der der Landesregierung hilft, gute Maßnahmen zu finden.

Michaela Pries möchte mit den Mitgliedern das Verfahren klären, wie mit dem Themenspeicher des Landesbeirates und dem Koalitionsvertrag umgegangen wird. Im Landesbeirat gibt es dazu eine breite Diskussion. Es werden folgende Vorschläge zum Verfahren gemacht:

- Bildung von kleinen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, die dann ihre Ergebnisse im Beirat vorstellen
- Unter-AG „Koalitionsvertrag“ bilden
- Einladung an den Landesbeauftragten für politische Bildung
- Einladung der sozialpolitischen Sprecher*innen der Regierungsparteien
- Statusbericht zur Tätigkeit der Landesbeauftragten zu den Themen im Themenspeicher bzw. Koalitionsvertrag.

Daneben machen einige Mitglieder auf fehlende Themen im Koalitionsvertrag aufmerksam:

- Schwerhörigkeit ist nicht im Koalitionsvertrag verankert
- Fehlende allgemeine Definition des Begriffes Barrierefreiheit, z. B. wird auch der Begriff barrierearm verwendet.

Daneben haben viele Mitglieder ergänzende Vorschläge für den Themenspeicher genannt:

- Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit
- Der Landesbeirat soll die Stimme der Menschen mit Behinderungen mit Pflegebedarf sein.
- Arbeitsgruppe zum Thema Pflege
- Partizipation
- Fachkräftemangel
- Umsetzung des Fokus Landesaktionsplans

Michaela Pries macht deutlich, dass immer Themen für den Themenspeicher genannt werden können und der Themenspeicher „nie voll“ ist.

Ein Mitglied bringt ein, dass der Landesbeirat sich grundsätzlich zu aktuellen Themen austauschen solle, wie z. B. Armut und Behinderung.

Außerdem weist die Landesbeauftragte daraufhin, dass der Landesbeirat nach dem LBGG die Rolle habe, sie zu beraten und fragt, mit welcher Arbeitsweise der Beirat dieser Rolle näherkommen kann.

In der weiteren Diskussion wird deutlich, dass eine Priorisierung der Themen und die Entwicklung einer Arbeitsplanung notwendig ist. Dazu schlägt Ursula Hegger die Durchführung eines Workshops vor. Dies wird von einigen Mitgliedern positiv bewertet.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kann die Diskussion nicht weiter fortgesetzt werden.

4. Verschiedenes

Ursula Hegger weist auf den Arbeitskreis Eingliederungshilfe am 8.9. zum Thema Gewaltschutz in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe hin. Weitere Punkte des 4. Tagesordnungspunktes werden gestrichen und die Sitzung wird um 18.00 Uhr beendet.